

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Mustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im amtlichen Theile die gespaltene Zeile 25 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

46. Jahrgang.

N 113.

Dienstag, den 26. September

1899.

Straßenwärterstelle.

In hiesiger Gemeinde soll ein **zweiter Straßenwärter** mit 850 M. Jahreseinkommen, das bei zufriedenstellenden Leistungen aller drei Jahre um 50 M. bis auf 1050 M. steigt, angestellt werden.

Geeignete Bewerber im Alter von nicht über 35 Jahren wollen ihre Gesuche unter Beifügung von Befähigungsnachweisen und Zeugnissen über ihre bisherige Führung bis zum 1. Oktober 1899 anher einreichen.

Der Gemeinderath zu Schönheide.

Gesuch.

Carlsfeld sucht per 1. Januar 1900 einen **berufsmäßigen Gemeindevorstand**, welcher nebenbei das Standesamt sowie auch die Gemeindefassen-Verwaltung mit zu besorgen hat. Anfangsgehalt 1500 Mark pro Jahr. Erhöhung des Gehaltes ist

für später nicht ausgeschlossen. Bewerber wollen sich bis zum 5. Oktober d. J. bei dem Unterzeichneten schriftlich melden.

Carlsfeld, den 20. September 1899.

E. Arnold, Gemeindevorsteher.

Ausmachung.

Der nächstfolgende Viehmarkt in Reudel findet

Mittwoch, den 4. Oktober l. J.

statt. Jeder nächstfolgende am **1. Mittwoch eines jeden Monats** beziehungsweise wenn auf diesen Tag ein Feiertag fällt, am nächstfolgenden Wochentage. Zu einem regen Besuche wird höflich eingeladen.

Bürgermeisteramt Reudel,

im September 1899.

Der Bürgermeisterstellvertreter: **E. Braudner.**

Die Ministerkrise in Oesterreich.

Das Kabinett Thun hat nunmehr seine Demission gegeben. Eine halbamtliche Drahtmeldung aus Wien von Sonnabend besagt: Heute 9 Uhr Vormittags fand unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Thun ein Ministerrath statt, in welchem die Demission des Kabinetts beschlossen wurde. Graf Thun wurde sodann um 10 Uhr vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen und unterbreitete Sr. Majestät in Ausföhrung dieses Beschlusses die Demission des gesammten Kabinetts.

Die Nachricht über den Rücktritt des Kabinetts Thun kommt nicht überraschend. Die Einberufung der Verständigungskonferenz durch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. v. Fuchs wurde allgemein als letzter Versuch des Grafen Thun, auf indirektem Wege eine Verständigung mit der Oppositionspartei herbeizuföhren, angesehen. Da sich sämmtliche deutschen Parteien mit alleiniger Ausnahme der verfassungstreuen Großgrundbesitzer gegen die Bescheidung der Konferenz ausgesprochen hatten, mußte die ganze Aktion als gescheitert gelten, bevor noch die Konferenz zusammengetreten war. Ueber die Entschliessungen des Kaisers liegt noch keine Meldung vor.

Der jüngste Rücktritt hat das Kabinett Thun noch die von ihm eingeleitete Erhebung des Ausgleiches mit Ungarn auf Grund des § 14 zum Abschluß gebracht. Gleichzeitig publizirt das ungarische Amtsblatt die Besetze über die Regelung der Zoll- und Handelsverhältnisse mit Oesterreich, betreffend die Valuta, die Einföhierung der Kronenwährung und die Verlängerung des Privilegiums der Oesterreichisch-Ungarischen Bank.

Die Wiener „Neue Fr. Presse“ beschäftigt sich bereits am Freitag mit der „zukünftigen“ Regierung, deren Situation, wie sie meint, von vornherein eine sehr schwierige sei. Ihr etwaiger Entschluß, die Sprachverordnungen aufzuheben, werde alsbald durch das Bedenken aufgehalten werden, ob sie damit nicht aus der Schula in die Charybdis geräth, ob sie nicht die Obstruktion der Deutschen gegen die Obstruktion der Tschechen eintauscht und das nächste Ziel, einen arbeitsfähigen Reichsrath zu erhalten, doch nicht erreicht. Das Bedenken, sagt die „N. Fr. Pr.“, wäre vielleicht zu überwinden, wenn die neue Regierung unter Benützung der in dem deutschen Pfingstprogramme gegebenen Andeutungen sofort mit einem Sprachengesetzentwurf vor den Reichsrath träte, welcher die Tschechen darüber beruhigte, daß nicht der Rechtszustand, wie er vor den Sprachverordnungen vorhanden war, einfach wieder hergestellt werden, sondern daß der wesentlichste Theil ihrer Errungenschaften unter Baden, die tschechische Amtssprache in den tschechischen Bezirken ihnen verbleiben und gesetzlich verbürgt werden möchte. Dies würde auch mutmaßlich gelingen, wenn die Regierung Zeit hätte, sich ein gewisses Maß von Vertrauen auf beiden Seiten zu erwerben, im Nothfalle aber den Kampf gegen den tschechischen Widerstand aufzunehmen, einen Kampf, der deswegen nicht aussichtslos wäre, weil die tschechische Obstruktion nicht weniger als die deutsche die Majorität maitzigen müßte und diese daher, um der Vorteile ihrer neuen Position nicht abermals verlustig zu werden, die Regierung unterstützen müßte. Allein auch die neue Regierung stände wie ihre Vorgänger vor einem fixen Termin, bis zu dem die Funktion des Reichsraths gesichert werden müßte. Sie solle die Delegationswahlen durchföhren, damit die Delegationen noch in diesem Jahre verfassungsmäßig zusammentreten können. Daraus dränge die ungarische, darauf dränge die gemeinsame Regierung. Gerade darin liegt aber für jede Partei, die entschlossen ist, der neuen Regierung Widerstand zu leisten, die Aufforderung, eben bei den Delegationswahlen mit der Obstruktion einzusetzen und mit dieser Waffe in der Hand jedes zugemuthete Zugeständniß abzulehnen. Muß das Ministerium Thun weichen, weil die deutsche Obstruktion die Delegationswahlen zu vereiteln drohte, so muß vielleicht die neue Regierung weichen, weil dasselbe von der tschechischen Obstruktion droht.

Die „N. Fr. Pr.“ wendet sich sodann gegen die mehrfach genannte Kombination Fürst Alfred Liechtenstein, welche vermuthlich „besonders der tschechischen Fraktion“ Bürgschaft dafür bieten solle, daß die Bezirke, die von ihr werden verlangt werden, von der deutschen Opposition befreit werden zu können, nicht allzu hart ausfallen.“ Damit werde aber das Mißtrauen der deutschen Opposition erweckt werden. Ein parlamentarischer Ministerium der Rechten fern, von welchem gleichfalls die Rede sei, hiesse

das Feuer mit Petroleum löschen wollen. Und so meint denn schließlich die „N. Fr. Pr.“, je weniger die neue Regierung sich mit irgend einer Partei identifizire, je redlicher neutral sie allen gegenüberstehe, desto geeigneter werde sie sein, normale Zustände wieder herbeizuföhren. Die Autonomisten-Majorität würde dann wahrscheinlich nicht lange mehr bestehen, aber gerade das wäre der Anfang der Besserung.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser und die Kaiserin haben zu der Sammlung des Rothten Kreuzes (für die Wasserschädigten in Bayern) einen Beitrag von 30,000 M. geschenkt.

— Der Aufenthalt des russischen Kaiserpaars in Kiel bei der Prinzessin Heinrich wurde derartig durch das Wetter beeinträchtigt, daß die geplanten Ausflüge unterbleiben mußten; im Schloß fanden mehrere Male Festaseln statt. Das Kaiserpaar ist inzwischen in Darmstadt eingetroffen.

— Die Bewegung gegen die Bescheidung der Pariser Weltausstellung ist allgemach fast gänzlich zum Stillstand gekommen. Besonders verdient hervorgehoben zu werden, daß sie in Ungarn, wo sie zuerst hervortrat, sich vollständig gelegt hat, wobei von ungarischer Seite das Verhalten Deutschlands als mitbestimmend in den Vordergrund gerückt wird. In der That ist es wesentlich der ruhigen Haltung der deutschen Regierung, welche trotz der Heranzugung Deutschlands in die ihm völlig fremde Dreifuß-Angelegenheit unbeirrt festgehalten wurde, sowie der Stellungnahme des weit überwiegenden Theiles der deutschen Presse zu danken, wenn die außerhalb Frankreichs angefachte Agitation so bald einer ruhigeren Auffassung Platz gemacht hat. Als charakteristisch ist die Thatsache zu erwähnen, daß auch in England, wo die Agitation anfänglich besonders intensiv einsetzte, durch die Gegenagitation, an deren Spitze der Prinz von Wales sich gestellt hat, die Bekämpfung der Bewegung gegen die Bescheidung der Weltausstellung hauptsächlich unter der Parole geschah, daß England auf der Ausstellung nicht hinter Deutschland zurückbleiben dürfe.

— Der „Reichlich-Best. Btg.“ zufolge soll seitens der Reichspostverwaltung die Einföhierung einer ermäßigten Portotaxe für sogenannte Geschäftsbriefe, d. h. Prospekten, Rechnungen, Quittungen, Manuskripte für den Druck, Ladeseine und dergleichen, im Inlandsverkehr geplant sein. Da mehrere auswärtige Staaten Geschäftspapiere als Druckfachen zulassen, so galt diese Ermäßigung bisher nur für Postfachen, die von Deutschland aus ins Ausland, nicht aber für solche, die in Deutschland selbst verschickt wurden. Die Angabe des Blattes ist insofern zutreffend, als gegenwärtig Erwägungen im Reichs-Postamt stattfinden, ob Geschäftsbriefe gegen ermäßigte Taxe im Inlandsverkehr zugelassen sein würden. Welches Ergebnis diese Erwägungen haben werden, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen.

— Die Zustände auf Samoa scheinen nach der Abreise der Spezialkommission sich wieder verschlechtert zu haben. Die Ungewißheit der Eingeborenen über das künftige Schicksal ihres Landes muß ja auch ermutigend auf die unbotmäßigen Elemente der Bevölkerung wirken, die sich vor einer unmittelbaren Bestrafung für die Dauer des jetzigen Provisoriums ziemlich sicher fühlen. Ob die den Deutschen feindliche Stimmung, welche jetzt wieder die Oberhand gewinnen soll, nicht auch durch englische Machenschaften künstlich erzeugt wird, dürfte hoffentlich bald festgestellt werden. Der aus einer Rundreise ins Samoainfern befindliche Berichterstatter der „Köln. Btg.“ meldet, daß überall wachsende Unzufriedenheit herrsche. Die Samoaner halten sich für vergessen und betrogen. Die Regierungen müßten rasch handeln. Alle alten Ansieder, sowie zuverlässige Samoaner prophezeien übereinstimmend, daß sonst die Feindseligkeiten bald wieder ausbrechen würden. Tamasefe besitze noch immer eine eigene Regierung in der Municipalität. Das Volk sagte den Besuch der Konsuln bei seiner kürzlich erfolgten Hochzeit als Anerkennung seines Königthums auf und singt Spottlieder auf die Kommission, sowie auf Deutschland.

— Die Uebergabe der mikronesischen Inselgruppen der Carolinen mit den Palau-Inseln und der Marianen an Deutschland findet Ende dieses Monats statt. Unmittelbar nach

dem Vollzug dieses Aktes wird die Entschädigungssumme an Spanien ausgezahlt, deren zahlenmäßige Festsetzung nach dem Tagesverlauf der spanischen Fesetas erfolgt.

— Am 17. d. haben an der deutsch-französischen Grenze von Dahomey deutsche und französische Truppen und Offiziere unter der Leitung des französischen Kommissar Major Elé den widerspenstigen Eingeborenen siegreiche Gefechte geliefert. Also eine deutsch-französische Waffenbrüderschaft!

— Würzburg. Während der Brigadefest in den Mand-bern war, wurden aus einem im Bureau der 2. Artillerie-Brigade untergebrachten eisernen Schrank mittels Einbruches sämmtliche geheime Mobilmachungs-papiere gestohlen. Wie die „A. Bdzg.“ mittheilt, sind die Papiere für eine fremde Macht, falls sie an eine solche ausgeliefert werden, selbstverständlich nicht ohne Werth. Die Papiere waren, wie überall, so auch im Bureau der genannten Brigade wohlbehalten, so daß der Diebstahl nur unter ganz besonderen Umständen und von einer mit der Vertlichkeit vertrauten Person, hinter der man den vor einigen Wochen desertirten Train-Sergeanten Schloffer, früher Brigadeschreiber der 2. Feld-Artillerie-Brigade, vermutet, ausgeführt werden konnte. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird hoffentlich Licht in die Sache bringen; ob die Papiere wieder zur Stelle geschafft werden, ist freilich eine andere Frage.

— Oesterreich-Ungarn. Wien, 23. Septbr. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, vollzieht sich die Ministerkrise unter der Devise der Verständigung mit den Deutschen behufs Bekämpfung der Obstruktion. Die Kombination Alfred Liechtenstein ist in letzter Stunde gescheitert. Es verlautet, der ehemalige Handelsminister Koerber sei zum Minister des Innern designirt und werde eventuell den Vorsitz im Ministerrathe übernehmen.

— Wien, 23. Septbr. Nach einer der „Neuen Freien Presse“ zugehenden Mittheilung empfing der Kaiser heute Vormittag in Schönbrunn den Fürsten Liechtenstein und den Grafen Goluchowski. Man erwartet die Beendigung der Kabinettsbildung für Montag, spätestens Dienstag.

— Eger, 22. Septbr. Der politische Kommissar Rott, der angeblich die Hauptschuld an den blutigen Vorgängen von Graßlig trägt und fluchtartig die Gegend verlassen mußte, wird vermuthlich demnächst hier vor Gericht erscheinen. Herr Rechtsanwält Siebisch hat den Antrag gestellt, daß Rott in der Strafsache gegen den in Haft befindlichen Hotelier Lujar aus Graßlig durch die Statthalterei Prag, seine vorgelegte Behörde, unter Androhung von 100 fl. Geldstrafe und zwanogweiser Vorführung zu einer unverweilt anzuerkennenden Verhandlung vorgeladen werde.

— England. Für Freitag war in London Ministerrath angelegt, um die Entscheidung in der Transvaalfrage herbeizuföhren. Alle Welt war darauf gespannt. Es wurde jedoch kein endgültiger Beschluß hinsichtlich eines sofortigen entscheidenden Vorgehens in der Transvaalfrage gefaßt, offenbar in der Absicht, inzwischen Zeit für Rüstungen und die Ankunft der Truppen zu gewinnen. — Inzwischen ist die Waffenbrüderschaft der beiden Boern-Republiken am Donnerstag in der Vollvertretung des Oranjefreistaats abermals feierlichst verkündet worden.

— Montenegro. Ueber die angeblichen Pläne des Fürsten von Montenegro wird aus Athen gemeldet: Während seines kurzen Aufenthaltes, den Fürst Nikita im Piräus nahm, hatte er dem Kronprinzen Konstantin das Versprechen gegeben, noch in diesem Herbst, sobald König Georg nach Griechenland zurückgekehrt sei, einen zweiten Besuch in Athen abzustatten, da er sich mit dem König über wichtige Angelegenheiten zu beraten wünsche. Nachdem nun jetzt bekannt geworden, daß Fürst Nikita in Konstantinopel seine Kandidatur für den serbischen Königsthron zur Erörterung gestellt hat, so legt man auch seinem bevorstehenden Besuche in Athen eine größere Bedeutung bei. Der „Neologos“ will sogar wissen, der Fürst werde den Plan einer montenegrinisch-griechisch-türkischen Verständigung behufs gemeinsamer Zurückweisung der bulgarischen Forderungen bezüglich Mazedoniens vorlegen. Die Grundlage sei dabei die dynastische und örtliche Vereinigung Serbiens mit Montenegro. Die Türkei würde also den nördlichen Theil des Bilajets Nowibajar an den gemeinsamen serbisch-montenegrinischen Staat abtreten, wodurch zugleich zwischen Oesterreich und der Türkei ein „Puffergebiet“ eingefügt würde. Griechenland solle dafür eine Entschädigung in Epirus erhalten, während Serbien und Griechenland mit der